

# UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHL E HAMBURGS VERPFLICHTET

## AfD-Fraktion im Dialog Bürger- nähe

Seite 2



## Salafisten-Szene wächst Islam- ismus

Seite 3



## Diskussion verweigert Demo- kratie

Seite 11



## Liebe Hamburger!



*wer kennt Sie nicht, die werbenden Sätze der Politiker um Wählerstimmen? „Gehen Sie unbedingt zur Wahl!“ mahnen sie. Wenn der Wähler mit seiner Stimme eine Partei wie die AfD wählt, scheint diese Entscheidung des obersten Souveräns aus Sicht der meisten Abgeordneten korrekturbedürftig.*

*Das sieht man in der Hamburgischen Bürgerschaft: Kein AfD-Antrag wurde angenommen. Und nur zwei Anträge wurden an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Merkwürdig daran ist, dass kurze Zeit später andere Fraktionen Anträge mit leicht verändertem Wortlaut gestellt und diese dann den Weg in die Ausschüsse gefunden haben.*

*Liebe Leser, wir wollen uns nicht beklagen. Denn dass uns in der Bürgerschaft die Sympathien nicht entgegenschlagen, wussten wir. Vielmehr wollen wir das Versprechen gegenüber dem Wähler erneuern, uns nicht entmutigen zu lassen und uns weiterhin für das Wohl der Bürger einzusetzen. Wir garantieren, dass wir dabei offen, konstruktiv und unbeeindruckt von den Vorgaben der sogenannten politischen Korrektheit operieren!*

Ihr **Dirk Nockemann**  
**Stellvertretender**  
**Fraktionsvorsitzender**

# Messerdelikte: Polizei folgt AfD-Antrag



Bildnachweis: Flickr.com/Christoph.Scholz, „Polizeiband Grunddelikte“, CC BY-SA 2.0

Die Tatwaffe Messer scheint allgegenwärtig. Sie ist oft genug tödlich. Sie macht Angst, und sie taucht seit Monaten in den Schlagzeilen Hamburger Zeitungen auf. „Messerangriffe“ und „Messermorde“ werden dort beschrieben. Zu den schlimmsten Fällen gehörte die Bluttat des Palästinensers Ahmad A., der „im Namen Allahs“ in Barmbek einen Menschen tötete und sechs zum Teil schwer verletzte.

Es war die AfD-Fraktion, die angesichts dieser schlimmen Entwicklung als erste Alarm schlug und einen Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft stellte: Schnellstmöglich müssten die Messerangriffe in der Polizeistatistik gesondert erfasst werden. Wer sind die Täter? Welche kulturellen Hintergründe haben sie? Unter welchen Umständen geschahen die Verbrechen? All das gehöre in die Statistik, um

aussagekräftige Lagebilder zu erhalten, damit zielführende Präventionsmaßnahmen ergriffen werden können. Die Mehrheit der etablierten Parteien wiegelte ab. „Populismus“ und „Panikmache“, schallte es den AfD-Abgeordneten entgegen. Einen Tag später geschah der entsetzliche Doppelmord am Jungfernstieg, als ein Asylbewerber aus dem Niger eine junge Frau und ihr gemeinsames Baby erstach.

Im Gegensatz zu Rot-Grün handelte die Polizei. Ganz wie es die AfD-Fraktion in ihrem Antrag fordert, werden nunmehr Angriffe mit dem Messer speziell erfasst. Außerdem wurde zeitweise ein Verbot für Messer und andere Waffen für den Hauptbahnhof erlassen. Ein richtiger Anfang und ein kleiner Sieg: Die AfD wirkt! Denn sie setzt einer realitätsfernen, selbstgerechten und pseudomoral-verträumten Politik echte Grenzen.



AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen spricht vor knapp 400 Gästen im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses

## AfD-„Fraktion im Dialog“ – Großer Andrang im Rathaus

Erfolgreiche AfD-Fraktionsveranstaltung hat sich etabliert

„Fraktion im Dialog“ heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Die Informationen gibt es aus erster Hand.

Ob mit externen oder internen Referenten, bei AfD-„Fraktion im Dialog“ kommen die Bürger zu Wort. Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der Hamburger Verfassungsschutz-

chef Torsten Voß, der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Journalist Bernd Kallina und die Initiatorin der Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie. Ebenso waren bekannte AfD-Politiker wie Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Albrecht Glaser, Prof. Dr. Bruno Hollnagel und Oberst a. D. Georg Pazderski im Hamburger Rathaus.



Initiatorin der Anti-Merkel-Demos, Uta Ogilvie, zu Gast bei der AfD-Fraktion

Auf den Geschmack gekommen? Hier finden Sie regelmäßig einige Vorträge:  
[afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

[facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

### Weitere Termine von AfD-„Fraktion im Dialog“ im Hamburger Rathaus:

Montag, 9. Juli

Montag, 13. August

Dienstag, 28. August

Montag, 17. September

Montag, 22. Oktober

Montag, 19. November

Donnerstag, 20. Dezember

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr.

Anmelden unter:

[afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de)

oder unter 040 / 428 31 2518

Gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf und informieren Sie ganz aktuell über Referent und Thema: Schreiben Sie einfach das Stichwort „Verteiler“ an obenstehende Mailadresse.

# Moslemterroristen unter uns

Bildnachweis: Flickr.com/Ben Murray, „Stouting for jihad against Obama“, CC BY-NC 2.0



*Salafisten-Szene wächst weiter und wird radikaler (Symbolbild)*

Die radikalislamische Szene Hamburgs wächst rasant. Am 31. Dezember 2016 waren den Behörden 670 Salafisten bekannt, im März 2018 betrug ihre Zahl 781. Das brachte eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Prof. Jörn Kruse ans Licht. Laut neuesten Berichten beträgt die Anzahl der Salafisten 798 Personen. Besonders erschreckend: Die Zahl der Jihadisten stieg von 320 auf 423. Diese Muslime lehnen Demokratie und Rechtsstaat als von Menschen gemachte Ordnung ab. Militärische Gewalt sehen sie als legitimes Mittel, um einen „Gottesstaat“ zu errichten.

Knapp 58 Prozent der Jihadisten besitzen keinen deutschen Pass. Sie stammen aus Afghanistan (54 Personen), Somalia (39), Syrien (33), Türkei (23), Marokko (11), Irak (9), Algerien, Libanon, Russland (5) sowie eine Vielzahl weiterer Herkunftsländer (45). Andere sind staatenlos (16). Nur 75 Personen verfügen ausschließlich über die deutsche Staatsbürgerschaft. Von der Politik verschwiegen und in Statistiken nicht abgebildet: Die allermeisten dürften einen Migrationshintergrund besitzen.

Damit wird klar, dass die Verstärkung des terroristischen Bedrohungspotentials eine unmittelbare Folge der Migrationspolitik ist. Dies gilt im Übrigen auch für das Wachstum der Salafisten. Deren Ausländeranteil lag im März 2018 bei 44,5 Prozent, während 28,6 Prozent ausschließlich einen deutschen Pass besitzen. Der Rest verfügt über doppelte Staatsbürgerschaften.

Woher auch immer die selbsternannten „Gotteskrieger“ kommen, ihre Zahl ist bereits so groß, dass die verantwortlichen Behörden sich außerstande sehen, sie flächendeckend zu überwachen. Schlimmer noch: Auch in der Zuwanderungspolitik bleibt eine angemessene Reaktion aus. Anstatt den evidenten Zusammenhang von offenen Grenzen und der Erosion der inneren Sicherheit zu berücksichtigen, verweigern ihm die Bürgerschaftsabgeordneten der Altparteien nicht nur die Anerkennung, sondern boykottieren überdies auch sämtliche Versuche der AfD-Fraktion, gegen dessen Folgen vorzugehen. Demnach wurde ihr Antrag, das von Bundesregierung und Verfassungsschutz als islamistisch und demokratiefeindlich eingestufte Islamische Zentrum Hamburg (IZH) aus dem Staatsvertrag auszuschließen, ebenso negativ beschieden, wie die Forderung, die Mitgliedschaft der DITIB an eine Loslösung von Ankara zu knüpfen. Im Februar 2017 hatte die CDU zudem den AfD-Antrag zur Aufkündigung des Staatsvertrages abgeschmettert, nur, um sodann eine inhaltsgleiche Initiative einzubringen.

Dass die CDU auch in Zukunft keine überzeugenden Ideen für den Kampf gegen den Islamismus liefern können, stellte Fraktionschef Trepoll jüngst unter Beweis: Der Islam gehöre zu Hamburg, der politische Islam aber nicht. Nur: Einen entpolitisierten Islam gibt es nicht und wird es niemals geben.

## MÜLLVERMEIDUNG

### Sinnvoller Umweltschutz

Jeder Bewohner in Deutschland hat im Jahr 2016 durchschnittlich 188 Kilogramm Müll produziert. Nur 15 Prozent davon werden wiederverwertet. In Hamburg soll bis zum Jahr 2022 die modernste Müllverwertungsanlage Deutschlands entstehen: Hier wird nicht nur Wärme aus Biogas und Abwärme produziert, sondern 98 Prozent des angelieferten Mülls soll sortiert und weiterverwertet werden.

Auch für die AfD ein sinnvolles Kreislaufsystem, denn es dient dem Umweltschutz. Ressourcen werden nicht verschwendet. Andrea Oelschläger: „Dieses Projekt werden wir mit der Fraktion positiv begleiten und dabei selbstverständlich auch auf die Baukosten achten.“ Die AfD-Bürgerschaftsabgeordnete weiter: „Das Beste, was wir für unsere Umwelt tun können, ist immer noch die Müllvermeidung. Die gute alte Thermoskanne und die Brotdose für unterwegs, ist dem Coffee to go und dem verpackten Burger allemal vorzuziehen. Das ist nicht altmodisch, sondern hip, umweltfreundlich und modern.“

## GENDERSPRACHE

### Sportler statt Sportlerx

**Schluss mit dem Genderwahn in der deutschen Sprache, fordert die AfD-Fraktion. „Die herkömmliche, schöne und richtige Sprache soll wieder in allen öffentlichen Angelegenheiten der Stadt verwendet werden“, heißt es im Antrag (21/11846).**

„Hamburg kann hier mit gutem Beispiel vorangehen“, erklärt Fraktionschef Alexander Wolf und verweist auf das Nachbarland Frankreich. Dort hat Premierminister Édouard Philippe seinen Beamten ausdrücklich untersagt, in amtlichen Schreiben, Verordnungen und Schulbüchern eine „geschlechtergerechte“ Sprache zu verwenden. Hamburg sollte es nachtun: Wenn künftig in amtlichen Schreiben Männer und Frauen Adressaten sind, soll wieder ausschließlich das allgemeingültige Maskulinum Verwendung finden: Sportler muss es heißen statt SportlerInnen, Sportler\*innen oder gar Sportlerx. – Der Antrag der AfD-Fraktion wurde, wie zu erwarten, von den Altparteien abgelehnt.

Mehr Infos zum Themenbereich Islam:

 [islamspiegel-hamburg.de](http://islamspiegel-hamburg.de)

 [facebook.com/IslamspiegelHH](https://facebook.com/IslamspiegelHH)

# „Musste sie meiner Frau aus den Händen reißen“

Viele hundert Zuschriften erhielten wir zu UNS HAMBURG. Eine repräsentative Auswahl: Überwiegend positiv, vereinzelt kritisch

+++

Moin, moin, Gratulation zu der tollen Zeitschrift! Was wohl „Uns Uwe“ dazu sagen wird. R.

+++

Hallo AfD-Fraktion, danke für die Information „UNS Hamburg“ im Herbst 2017. Sie sprechen die Themen an, die von den meisten anderen Parteien unter den Teppich gekehrt oder schönegeredet werden. Leider machen die Mainstream-Medien da fleißig mit. (...)

Machen Sie als AfD gute und solide Oppositions- und vor allem Öffentlichkeitsarbeit. Das zahlt sich am Ende aus. Lassen Sie sich von selbsternannten Gutmenschen in der Presse und anderen Parteien nicht provozieren. Mir ist klar, dass das bei unseren Medienvertretern und der einseitigen Darstellung, sowie den Anfeindungen von den Etablierten extrem schwer ist. Na ja, ich erzähle Ihnen da wohl nichts Neues, Sie werden es schon schaukeln. Dies waren jedenfalls ein paar freundlich gemeinte Wünsche von N.

+++

Endlich! Das ist doch einmal etwas ganz Wunderbares, das hat uns Hamburgern gefehlt: ein Printmedium, welches den Bürger über AfD-Ansichten und den Arbeitseinsatz der AfD in der Bürgerschaft informiert. Weiter so! W.

+++

Ihre Partei wirkt sehr verzweifelt, wenn sie zu solchen Mitteln greifen muss. Haben Sie Angst vor Hausbesuchen, wie andere Parteien es wagen? Dann hätte ich Ihnen nämlich folgendes sagen können: Ihre brutalen, faschistischen Wertvorstellungen schreien mir auf Wahlplakaten entgegen und sorgen alltäglich in öffentlichen Verkehrsmitteln für Heiterkeit bei Jung und Alt. (...)

Meine Familie, meine Nachbarn, Freunde (darunter auch russischstämmige Hamburger) und Bekannte schämen sich zutiefst für Ihre Partei.

Wie man es auch dreht und wendet, keiner Ihrer AfD-Mitglieder hat aus Deutschlands Geschichte gelernt und ist offensichtlich auch nicht gewillt, dem Staat den man angeblich so liebt, zu dienen. Zum Glück ist Deutschland immer noch ein sozialer und weltoffener Staat mit kultureller Vielfalt. N.

+++

„UNS HAMBURG“ - das hat mir noch gefehlt! Ein großes Kompliment an die Kreativen und Macher! Es ist beispielhaft in Inhalt und Gestaltung. C.

+++

Sehr geehrte Damen und Herren der AfD,

hiermit ersuchen meine Familie und ich Sie dringlichst, uns von Ihren Wurfpostsendungen auszusparen. Die heute eingeworfene „Uns Hamburg“ geht komplett an unseren Werten und Vorstellungen (und darüber hinaus an unserer Intelligenz) vorbei. (...) Familie L.

+++

Gute Idee, sehr gut umgesetzt, informativ und gehaltvoll. Wichtig ist meines Erachtens, dass bei den angesprochenen Problemen mit klar nachvollziehbaren Argumenten deutlich gemacht wird, welche Lösungsvorschläge die AfD hat und warum sie der Meinung ist, dass diese Vorschläge zielführend sind – auch im Gegensatz zu den Ideen der anderen Parteien, bzw. warum diese als weniger wirksam oder gar hinderlich eingestuft werden. (...)

Gut gefällt mir auch die Vorstellung der Menschen, die für die AfD in Hamburg stehen! W.

+++

Ich war so neugierig und habe Ihre PDF-Datei zur neuen AfD-Zeitung mal schnell runtergescrollt. Wow, sieht echt super aus und hochprofessionell. Mir gefällt das Layout, gute Übersicht, alle wichtigen Themen drin, gut aufgegliedert, sehr gute Zeilen, sehr gute Verkäufe. Sympathisch. Das ist ein ein großer Wurf, Hamburg würdig. A.

+++

Gratulation und großes Kompliment für die Zeitung „UNS HAMBURG“, die ich gestern im Postkasten vorfand. SUPER!!

Musste sie meiner Frau erst aus den Händen reißen, sie wollte sie partout nicht hergeben, bevor sie nicht alles genau gelesen hatte.

Ich wünsche der Idee mit dieser Zeitung vollen Erfolg. Z.

**Sie haben Anregungen, Vorschläge oder Kritik? Dann schreiben Sie uns unter:**

✉ [presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

AFD-FRAKTION DECKT AUF

## Piraten als Asylsucher

Das Echo auf diese Anfrage der AfD-Fraktion (21/12455) war besonders groß: **Wie viele der zehn 2015 in Hamburg verurteilten somalischen Piraten sich noch in Hamburg oder im Land befinden, wollte die AfD wissen.**

Die Antwort des Senats brachte ans Licht, dass fünf mit Duldungsstatus in Hamburg leben und anscheinend gar nicht daran denken, auszureisen. Einer klagte sein Bleiberecht ein. Ein anderer ist gerade dabei. Zwei verweisen auf „schützenswerte“ Beziehungen zu bleibeberechtigten Familienmitgliedern. Einen Pass habe ohnehin keiner, und geeignete Fluglinien für eine Rückführung nach Somalia gebe es auch nicht, so ein offensichtlich ratloser Senat. An anderer Stelle des Schriftstückes ist nachzulesen, dass die Ex-Piraten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Bild, Welt, Süddeutsche und viele andere Presseorgane meldeten die aufgedeckte Asylschande.

LINKSEXTREMISMUS

## Schluss mit der Kuschelpolitik

**Linksextreme Gewalt ist von 2016 auf 2017 in Hamburg – auch wegen des G20-Gipfels – geradezu explodiert. Dies musste im März der rot-grüne Senat auf eine Schriftliche Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft Peter Lorkowski eingestehen: Linksextreme Gewalttaten, die sich gegen das Leben richteten, verdoppelten sich von 82 (2016) auf 192 (2017). Delikte gegen Sachgüter stiegen um das Zwanzigfache, von 65 (2016) auf 1278 (2017).**

Gegen Einrichtungen der Sicherheitsbehörden verübten Antifa und Linkschauten fast zehnmal so viele Angriffe. Damit wird deutlich: Hamburg ist eine Hochburg für Linksextremisten. Peter Lorkowski: „Skandalös ist, dass die Szene jahrzehntelang und bis heute direkt und indirekt durch die Altparteien – von SPD, den Grünen bis zur CDU – toleriert und sogar gefördert wird. Das muss ein Ende haben. Schluss mit der Kuschelpolitik des Senates gegenüber Linksextremisten!“

# Linke Diskursmacht und Moral-Wolke

Ein Kommentar des AfD-Fraktionschefs Jörn Kruse

Mitte März 2018 haben einige Intellektuelle die „Erklärung 2018“ verfasst. Sie hat folgenden Wortlaut: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Zu den Erstunterzeichnern gehören Henryk M. Broder, Uwe Tellkamp, Thilo Sarrazin, Matthias Matussek und Vera Lengsfeld. Inzwischen haben 150.000 Personen unterzeichnet ([www.erklaerung2018.de](http://www.erklaerung2018.de)). Man kann davon ausgehen, dass Millionen Menschen diese Meinung ebenfalls teilen und zig Millionen der Auffassung sind, man sollte darüber in einen echten gesellschaftlichen Diskurs eintreten. Schließlich geht es um ein politisches Thema, dass Deutschland erheblich verändert, ohne dass die Bürger gefragt worden sind.

Und was passiert? Die Verfasser werden von denen, die sich für links halten, in Politik und Medien diffamiert. Ein Beispiel dafür war die Sendung „Titel, Thesen, Temperamente“, die von allen Bürgern per Rundfunkbeitrag finanziert wird. Auf unterirdischem Niveau wurde von mehreren Interviewten auf die Verfasser eingepöbeln, ohne dass ein einziger der Unterzeichner überhaupt zu Wort kam. Journalistische Mindeststandards sehen anders aus.

Ein anderes Beispiel sind die Hamburger Montagsdemonstrationen am Dammtor. Dort demonstriert eine Schar von 200 bis 300 mutigen Bürgern unter dem Motto „Merkel muss weg“ – und zwar bei dauernder Bedrohung von zirka 1000 Gegen-demonstranten aus der linksradikalen, gewalttätigen Szene unter dem Schutz der Polizei.

Der SPD-Innensenator Grote hielt es für opportun, den Oberlehrer zu spielen: Jeder der dort mitlaufe, müsse wissen, dass er mit Rechtsextremen „gemeinsame Sache“ mache. Richtig ist: Einige wenige der Demonstranten gehören vermutlich der rechten Szene an. Die meisten sind normale Bürger, die ein ernsthaftes Anliegen haben. Und alle haben ein Demonstrationsrecht. Das wird übrigens bei linken Demonstranten niemals in Frage gestellt, im Ergebnis nicht einmal bei Gewalttätern (siehe G-20).

Einige Hamburger Gruppen,

Parteien und Gewerkschaften waren sich nicht zu schade, dazu aufzurufen, gegen die Merkel-muss-weg-Demonstration zu demonstrieren – zusammen mit den schwarzgekleideten Autonomen, die sich für links halten. Ist die abweichende Meinung von 200 Bürgern so gefährlich?

Wie sind diese und viele andere Vorfälle zu erklären? Wir haben seit vielen Jahren eine linksgrüne Diskursmacht in Politik und Medien, die 1968 ihren Anfang nahm. Zu dieser gehört der Platz in der Moralwolke, wo man sein Herz öffnen und seinen Verstand beurlauben kann, das Suhlen in deutscher Gutmenschen-Attitüde und das „Moral Posing“: „Seht her, wie gut ich bin.“

Ob die Betroffenen sich wirklich für die Schicksale der Migranten interessieren, mag dahingestellt sein. Entscheidend ist der Effekt: Die Pose moralischer Überlegenheit kleidet ungemein. Aus dieser Haltung des typisch deutschen Rechthabers lassen sich dann an die prima Noten verteilen, die eine andere Meinung haben, vielleicht weil sie ihren Verstand nicht beurlaubt haben.



## ASYLBETRUG

### Altersschwindler endlich entlarven

15-Jährige mit Vollbärten, grauen Haaren und Geheimratsecken: Oft ist es mehr als offensichtlich, dass sich viele Asylsucher, die eigentlich volljährig sind, als minderjährig ausgeben. Der Grund: Dadurch fallen sie unter den besonderen Schutz des Jugendhilfegesetzes und genießen weitreichende Privilegien.

Den Staat kostet dieser Betrug Millionen. 5000 Euro monatlich zahlt der Steuerzahler für jeden unbegleiteten minderjährigen „Flüchtling“, das sind 60.000 Euro jährlich! „Aber der Rechtsstaat darf sich nicht von Asylbetrügnern auf der Nase herumtanzen lassen“, erklärt der AfD-Innenpolitiker Dirk Nockemann. Wenn Ausländer angeben, noch minderjährig zu sein, dies aber nicht zweifelsfrei belegen können, sollte in jedem Fall eine medizinische Altersfeststellung erfolgen. Die AfD-Fraktion fordert den Senat daher auf, sich umgehend im Bundesrat dafür einzusetzen und eine entsprechende Initiative auf den Weg zu bringen.

## GOLDENE KAMERA

### Steuergeld für Promi-Treffen

Muss die Glanz-und-Glamour-Veranstaltung eines Medienkonzerns wirklich mit 150.000 Euro Steuergeldern unterstützt werden?

Aus Mitteln der Kultur- und Tourismustaxe bezuschusst der Senat mit dieser Summe den Film- und Fernsehpreis „Die Goldene Kamera“. Veranstalter ist die Funke Mediengruppe, ein Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Milliarde Euro.

AfD-Fraktionschef Jörn Kruse dazu: „Funke sollte die Kosten selbst tragen, ganz nach dem Motto ‚Wer bestellt, der bezahlt‘. Die Steuergelder lassen sich jedenfalls im Bereich der Hamburger Kultur deutlich sinnvoller einsetzen.“

#### Weitere Infos unter:

[afd-fraktion-hamburg.de/prof-dr-joern-kruse](http://afd-fraktion-hamburg.de/prof-dr-joern-kruse)

[facebook.com/Joern.Kruse.AfD](https://www.facebook.com/Joern.Kruse.AfD)

# Die AfD-Fraktion in den Medien

## Vom Abendblatt bis Jungle World: Eine Auswahl aus der Berichterstattung

+++

### Hamburger Abendblatt (26.04.2018): Wie wird Hamburg zur Fahrradstadt?

AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht warf SPD und Grünen vor, die Aktuelle Stunde zur „Selbstdarstellung“ statt für die Diskussion wichtiger aktueller Themen zu missbrauchen. (...) So sei es nicht sinnvoll, ausgebaute Radwege zurückzubauen und Radfahrer auf die Hauptstraßen zu zwingen, wo sie als „lebende Biobremse“ fungierten, so der AfD-Politiker. „Bei Rot-Grün nimmt das alles Ausmaße eines Feldzuges Fahrrad gegen Auto an.“

+++

### NDR Hamburg Journal (25.4.2018): Heftiger Streit über Fernwärme aus Moorburg

Während die Regierungsparteien SPD und Grüne auf einen Anschluss verzichten wollen, forderten CDU, FDP und AfD die Nutzung der dort bei der Stromerzeugung ohnehin anfallenden Wärme. „Für ein Kohlekraftwerk ist Moorburg sauber“, auch wenn es künftig vielleicht nicht mehr zeitgemäß sei, meinte Andrea Oelschläger von der AfD.

+++

### Die Welt (23.04.2018): Religiöses Mobbing: Hamburger AfD will Meldepflicht

Aus Sicht der Hamburger AfD-Fraktion „dürfen wir die Augen nicht mehr davor verschließen, dass wir uns hier ein Riesenproblem ins Land geholt haben – das Kuschen vor dem arabischen Antisemitismus muss ein Ende haben.“

+++

### Hamburger Abendblatt (24.01.2018): HSV: Antrag auf Ausschluss von AfD-Mitgliedern

Alexander Wolf, Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft und bekennender HSV-Fan, reagierte empört: „Der Vorgang ist skandalös. Es ist ein seltsames Demokratieverständnis, wenn man Mitglieder der drittstärksten Partei im Deutschen Bundestag stigmatisieren und ausgrenzen will.“

+++

### Die Welt (23.04.2018): AfD fordert „Aufnahmestopp“

Für den Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Alexander Wolf, folgt aus dem Zahlenmaterial, dass „die Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme weiterer ausländischer Schüler längst erreicht beziehungsweise überschritten“ sind.

+++

### Die Welt (13.04.2018): Doppelmord schockt Hamburg

Die AfD-Fraktion nutzte die Tat, um auf

einen am Vortag von der Bürgerschaft abgelehnten Antrag aufmerksam zu machen. Er beinhaltete die Forderung, Messerattacken nach Tatbegehungsform und Ethnie der Täter auszuwerten. „Nur wer derartige Fälle sorgfältig analysiert, ist in der Lage, zukünftigen Taten entgegenzuwirken“, meinte der AfD-Abgeordnete Dirk Nockemann.

+++

### BILD (11.4.2018): Sozialleistung statt Ausweisungen: Hamburg wird verurteilte Piraten nicht los

Nach zwei Jahre langem Verfahren waren die Somalier 2012 in Hamburg verurteilt worden – Haftstrafen von zwei bis sieben Jahren. (...) Jetzt, fünfeinhalb Jahre nach dem Prozess, kommt raus: Fünf der zehn Verurteilten sind nicht freiwillig ausgewandert. Sie leben in Hamburg – in Freiheit und von Sozialleistungen. Durchsetzung der Ausreisepflicht sei gegenwärtig nicht möglich, teilte der Senat auf eine Kleine Anfrage der AfD mit.

+++

### Hamburger Abendblatt (10.04.2018): Rauswurf von AfD-Abgeordnetem hat ein Nachspiel

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag den Senat auf sicherzustellen, dass „Abgeordneten der Bürgerschaft ein ungehinderter Zugang und eine ungehinderte Teilnahme an Veranstaltungen möglich ist, die von öffentlichen Stellen und Behörden ausgerichtet oder mit ausgerichtet werden“. Gleiches soll für Veranstaltungen gelten, die in Räumen der Stadt stattfinden und die ganz oder teilweise öffentlich finanziert sind.

+++

### Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (06.04.2018): Hamburg: CDU und AfD fordern harten Kurs gegen Rote Flora

Jörn Kruse warf dem neuen Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) vor, durch Untätigkeit Linksextremisten in der Roten Flora zu protegieren. Dressel verzichte lieber auf die Durchsetzung des Rechtsstaats „als in der linken Szene anzuecken“.

+++

### Jungle World (05.04.2018): Die AfD macht Schule

Kleine Anfrage, große Wirkung: Mit gezielter parlamentarischer Kleinarbeit versucht die AfD, die Hamburger Bildungs- und Schulpolitik zu beeinflussen. (...) In der Hamburger Bürgerschaft beispielsweise arbeiten Abgeordnete der AfD sehr effizient daran, die Bildungs- und Schulpolitik mit einer Flut von Anträgen und Anfragen maßgeblich zu beeinflussen. Fast immer bringen

promovierte Akademiker, zumeist Juristen, solche Anträge ein. Was Beharrlichkeit und Konsequenz angeht, erinnert das Vorgehen der AfD an die effektive Oppositionsarbeit, die bislang vor allem von der Linkspartei bekannt war.

+++

### Junge Freiheit (03.04.2018): Linksextremistische Straftaten in Hamburg verdoppelt

Die Zahl linksextremistischer Straftaten gegen Leib und Leben hat sich 2017 in Hamburg mehr als verdoppelt. (...) Der Anfrager Peter Lorkowski sagte dazu: „Spätestens nach dem G20-Gipfel muß klar sein: Hamburg bildet eine Hochburg für Linksextremisten, deshalb muß der Kampf gegen den Linksextremismus endlich geführt und intensiviert werden.“

+++

### Hamburger Abendblatt (30.03.2018): AfD-Fraktion fordert Erfassung von Messerangriffen

„Um eine zielführende Prävention zu ermöglichen, muss auch festgehalten werden, welche Tätergruppen das Tatmittel Messer in welcher Häufigkeit einsetzen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dirk Nockemann.

+++

### Hamburger Abendblatt (24.03.2018): Zweifel an Qualifikation ausländischer Ärzte in Hamburg

Wie es in einer Senatsantwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage des AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Harald Feineis heißt, ist in der Hansestadt die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit dem Landesprüfungsamt für Heilberufe die zuständige Stelle für die Durchführung von ärztlichen Approbations- und Berufserlaubnisverfahren. Seit dem Jahr 2013 ist die Zahl solcher Anträge von Bewerbern aus Drittstaaten um mehr als 50 Prozent gestiegen.

+++

### Hamburger Abendblatt (13.03.2018): AfD-Fraktionschef Kruse greift Andy Grote an

Kruse macht nun seinerseits Grote und dem Verfassungsschutz, der bereits Ende Februar vor den Initiatoren der Kundgebung gewarnt hatte, schwere Vorwürfe: Das Haus der Familie Ogilvie sei „von linken Gewalttätern angegriffen worden“, deswegen habe sie sich zurückgezogen. Grote stelle sie nun „an den Pranger“, indem er öffentlich zur Distanzierung von den „Merkel muss weg“-Kundgebungen aufrufe. Das sei „schändlich und ein Kotau vor linksextremistischer Gewalt“.

# Wollen wir uns das von der Regierung Merkel wirklich bieten lassen?

Ein Kommentar von Matthias Matussek

„Der Spuk ist vorbei“, jubelte das Groschenblatt „Mopo“, und meinte damit, dass die Hamburger Montagsdemonstrationen unter der Parole „Merkel muss weg“ fürs erste eingestellt wurden. So ähnlich dürfte auch im Kanzleramt gejubelt worden sein, denn schließlich: Wo kommen wir hin, wenn Bürger ihre Unzufriedenheit mit der Regierung auf die Straße tragen. Als ob wir Verhältnisse wie in der DDR kurz vor dem Mauerfall hätten!

Wobei, Moment: Eine Pointe ist es schon, dass unsere Kanzlerin in der DDR aufwuchs und sozialisiert wurde, ja, sich als Sekretärin für Agitation und Propaganda an der Uni ins Zeug schmiss, und im Laufe ihrer endlosen 12-jährigen Amtszeit in ihrem politischen Selbstverständnis zunehmend Züge einer Staatsratsvorsitzenden annahm, was zunächst darin bestand, alle möglichen Rivalen aus dem Weg zu räumen, um zuletzt in einsamen und spontanen Entschlüssen am Parlament vorbei Schicksalsfragen unserer Nation zu entscheiden.

Da wäre die Abschaffung der Bundeswehr, da wäre der überhastete Ausstieg aus der Kernenergie, ein grünes Herzthema, der mit einem fulminanten Sieg bei den vorletzten Wahlen belohnt wurde.

Und da wäre zu guter Letzt die Öffnung der Grenze für die Flüchtlinge aus dem syrischen Kriegsgebiet, und die Beibehaltung dieser Öffnung, wobei längst klar war, dass diese nun auch von solchen genutzt wurden, die finstere Terrorpläne hatten oder auch einfach ihre wirtschaftliche Malaise hinter sich lassen wollten.

Marokkaner, Libanesen, viele Bedürftige aus dem Maghreb standen Schlange, ja auch Somalier, Äthiopier, zunehmend mehr Schwarz-Afrikaner, alle kamen, um zu überprüfen, was von Angela Merkels Lockrufen und Versprechungen zu halten war. Denn tatsächlich hatte sie gelockt, mit Selfies, die sie mit den Unglücklichen zeigten. Bald wurde sie von ihnen „Mama“ genannt. Und die Grenze blieb offen, und die Grünen jubelten, dass sich unser Land verändern werde, und die Kanzlerin denkt immer noch nicht daran, die Grenzen wieder zu schließen. Ihr

Mantra für das zunehmend in politischen Lagern zerrissene Land war ein saloppes: „Wir schaffen das.“

Hunderttausende nicht identifizierter „Neubürger“ leben seitdem zur Verzweiflung der Polizei unter uns, denn es genügt, den Pass wegzuschmeißen und Asyl zu rufen, um ins Land zu kommen. Und wer einmal hier ist, wird es nicht so ohne weiteres wieder verlassen.

Rund hundert Milliarden wird uns das kosten in den nächsten zwei Jahren, aber wer dagegen aufbegehrt in Demonstrationen, wie jener in Hamburg, an der ich teilnahm, wird als Nazi verunglimpft.

Die Frage der Stunde ist: Wollen wir uns das von der Regierung Merkel wirklich bieten lassen? Wollen wir tatsächlich nur zuschauen bei dieser „Abschaffung des Gesunden Menschenverstandes“, wie mein neues Buch im Untertitel heißt?

Ich denke, es ist gut für unser Land und für unsere Demokratie, dass diese Frage dank des neuen Mitspielers, der AfD, nun endlich auch im Parlament diskutiert wird.



## ZUR PERSON

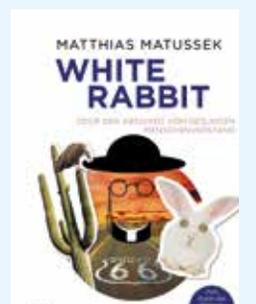
### Matthias Matussek

„Im Grunde war ich AfD, bevor es sie überhaupt gab“, erklärte er jüngst in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt. Der 64-jährige bekennende Katholik gehört seit vielen Jahren zu den profiliertesten Journalisten und Autoren Deutschlands. Er war Kulturchef des Spiegels, wechselte später zur Welt und schreibt heute unter anderem für Focus, Weltwoche und Tichys Einblick. Etliche seiner Bücher wurden Bestseller. Kritisch ist sein Blick auf die Journalistenkollegen. Er bemängelt ideologische Zwänge und freiwillige Selbstzensur, verspottet sie als „angepasste Kugelschreiberträger“. Positiv ist seine Sicht auf konservative Werte wie Glaube, Familie oder Patriotismus.

## NEUES BUCH

In „White Rabbit“ schreibt Matussek über Mainstream-Presse, Selbstzensur und Desinformation. Es geht um Glanz und Elend der Medienschaffenden in der Ära Merkel. Eigene Erlebnisse aus einem bewegten Journalistenleben sind eingeflossen. Das Buch steht weit oben in den Amazon-Bestsellerlisten.

„Mitreißend“, nennt es die Süddeutsche Zeitung. „Urkomisch und bedenkenswert“, das Hamburger Abendblatt.





## Dr. Alexander Wolf

### FRAKTIONSVORSITZENDER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss

#### FACHSPRECHER FÜR:

Migration, Schule, Europa

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [alexander.wolf@afd-hamburg.de](mailto:alexander.wolf@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/](http://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/)

🖥 [wolf-afd.de](http://wolf-afd.de)

📘 [facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)



## Prof. Dr. Jörn Kruse

### FRAKTIONSVORSITZENDER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Wissenschaft, Ausschuss für Wirtschaft, Ausschuss für Kultur, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Parlamentarischer Kontrollausschuss für den Verfassungsschutz, Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein,

FACHSPRECHER FÜR: Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Parlamentsreform

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [joern.kruse@afd-hamburg.de](mailto:joern.kruse@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/prof-dr-joern-kruse](http://afd-fraktion-hamburg.de/prof-dr-joern-kruse)

📘 [facebook.com/Joern.Kruse.AfD/](https://facebook.com/Joern.Kruse.AfD/)



## Detlef Ehlebracht

### VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

FACHSPRECHER FÜR: Bau, Datenschutz, Stadtentwicklung, Verkehr

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 23 53 ✉ [detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de](mailto:detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/](http://afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/)



## Dirk Nockemann

### STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Sonderausschuss: Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg, Ausschuss für Justiz und Datenschutz, Ausschuss für Justiz und Datenschutz: Unterausschuss Datenschutz und Informationsfreiheit, Verfassungs- und Bezirksausschuss

#### FACHSPRECHER FÜR:

Inneres, Justiz, Bezirke, Verfassung, Öffentlicher Dienst

KONTAKT: ☎ 040 428 31 - 25 18 ✉ [dirk.nockemann@afd-hamburg.de](mailto:dirk.nockemann@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/](http://afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/)

📘 [facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)



## Andrea Oelschläger

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Haushaltsausschuss, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Prüfung der Haushaltsrechnung, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst, Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen

#### FACHSPRECHERIN FÜR:

Umwelt, Tierschutz, Öffentliche Unternehmen, Haushalt, Energie

KONTAKT: ☎ 0152 03 25 59 70 ✉ [andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de](mailto:andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/](http://afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/)



## Harald Feineis

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Enquete-Kommission

KONTAKT: ☎ 0152 292 08 639 ✉ [harald.feineis@afd-hamburg.de](mailto:harald.feineis@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/](http://afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/)



## Peter Lorkowski

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Eingabenausschuss, Sportausschuss, Härtefallkommission

KONTAKT: ☎ 040 428 31 - 25 18 ✉ [peter.lorkowski@afd-hamburg.de](mailto:peter.lorkowski@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/](http://afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/)

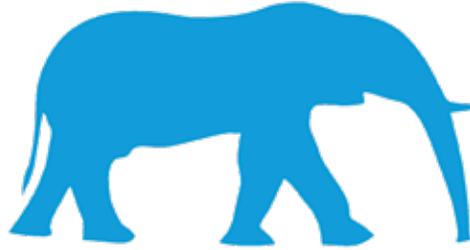
# Zahlen statt Worte



30

MORDE wurden 2017 verübt. Damit stieg die Zahl im Vergleich zu 2016 (15 Morde) um 100 Prozent.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2017



100

KILOGRAMM wog er bei seiner GEBURT: Am 5. Mai um 7.07 Uhr wurde der Elefantbulle „Brausepaul“ in Hagenbecks Tierpark geboren.

Quelle: Hagenbecks Tierpark



44

STUNDEN steckte jeder Hamburger AUTOFAHRER im vergangenen Jahr durchschnittlich im Stau fest. 2018 wird auch ein Baustellenjahr, die Verkehrsbehörde plant mehr als

1.000

BAUSTELLEN.

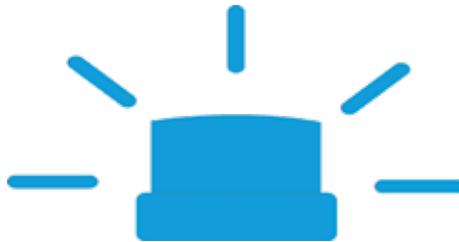
Quelle: Studie des Verkehrsdatenanbieters Inrix



13.411

NEUBAUTEN von Wohnungen hat der Senat 2017 genehmigt. In der Regel dauert es zwei Jahre bis sie bezugsfertig sind. 150.000 WOHNUNGEN fehlen.

Quellen: Behörde für Stadtentwicklung, Focus Online/ Hans-Böckler-Stiftung



261

VERGEWALTIGUNGEN UND SEXUELLE NÖTIGUNGEN wurden 2017 angezeigt. Damit wuchs ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 44 PROZENT.

Quelle: LKA Hamburg (PKS 2017)



70

PROZENT und mehr beträgt der Anteil von SCHÜLERN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND an 65 SCHULEN. Durchschnittlich lag er im Schuljahr 2016/2017 bei 45 PROZENT.

Quelle: Anfrage von Alexander Wolf (AfD) (Drucksache 21/12136)



18,5

PROZENT mehr Kinder als 2017 werden die GRUNDSCHULE 2018 mit grundlegenden DEFIZITEN verlassen. Sie haben Schwächen im Lesen, Schreiben sowie in der sozialen und emotionalen Entwicklung. Besonders hoch ist der Anteil in Öjendorf, Wilhelmsburg, Horn und auf der Veddel.

Quelle: Anfrage von Sabine Boeddinghaus (Die Linke) (Drucksache 21/12841)

# Für Sie in der Bürgerschaft

Die sieben AfD-Abgeordneten auf einen Blick



Von links nach rechts: Peter Lorkowski, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf, Andrea Oelschläger, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht, Harald Feineis

## Tumult am Runden Tisch

Kulturbehörde macht AfD-Fraktionschef Alexander Wolf mundtot

Es war ein ungeheurer Vorgang. Er zeigt, wie dünn das Verständnis von Demokratie, Toleranz und Meinungsfreiheit bei vielen Akteuren des Hamburger Politikbetriebes ist: Auf Einladung der Kulturbehörde wurde Ende 2017 ein sogenannter „Runder Tisch zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes“ ins Leben gerufen. Ziel sei es, den Grundstein für ein Fachgremium zu legen, das „unter Beteiligung der Zivilgesellschaft“ ein „postkoloniales Erinnerungskonzept“ für Hamburg ausarbeiten soll.

Der Einladung zum zweiten Runden Tisch im März folgte der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete und ständige Vertreter im Kulturausschuss Dr. Alexander Wolf. Insgesamt nahmen über 100 Teilnehmer teil, darunter auch der Linken-Abgeordnete Norbert Hackbusch, Schriftführer im Kulturausschuss, und Professor Jürgen Zimmerer von der Universität Hamburg, Leiter der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“.

Vor Beginn der Diskussion forderten mehrere Teilnehmer Wolf lautstark und unterstützt vom Gegröle vieler Anwesenden auf, den Runden Tisch zu verlassen, da er als AfD-Politiker Vertreter einer „offen rassistischen Partei“ sei. Ein „Nazi“, mit dem man nicht diskutieren wolle. Ohne dass Wolf sich überhaupt äußern konnte, bat der Organisator der Veranstaltung, Dr. Thomas Overdick, Vertreter der einladenden Kulturbehörde, Wolf ebenfalls, die Veranstaltung zu verlassen. Daraufhin verließ der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete unter triumphalem Gejohle die Veranstaltung.

Deutliche Worte für den Vorfall fand der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Professor Dr. Jörn Kruse: „Es ist eine unverschämte Beleidigung, die AfD als rassistisch oder als Nazi-Partei zu bezeichnen. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Außerdem ist es völlig inakzeptabel, dass ein eingeladenen Teilnehmer, der zudem Abgeordneter der Hamburgischen Bürger-

schaft ist und dem sachlich zuständigen Kulturausschuss der Bürgerschaft angehört, nach tumultartigen Szenen des Saales verwiesen wird.“ Kruse weiter: „Was meinem Fraktionskollege Wolf widerfuhr, verstößt gegen die demokratischen Regeln. Es ist respektlos und feige. Ein intellektueller Diskurs sieht anders aus.“

Das musste auch die Hamburger Kulturbehörde zugeben. Sie entschuldigte sich. Ihr Sprecher Enno Isermann: „Die Teilnehmer müssen andere Meinungen aushalten.“ Natürlich wird der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Wolf am nächsten Runden Tisch teilnehmen.

Wir werden berichten...

Weitere Infos unter:

 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

 [facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

MITMACHEN UND GEWINNEN • DAS HAMBURG-QUIZ

# Abendessen zu gewinnen!

## Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?

*Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz! Zu gewinnen gibt es:*

Drei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Vorsitzenden der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben Sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtige Lösung können Sie bequem auf unserer Seite eingeben:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

[presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Stichwort: Hamburg-Quiz  
Schmiedestraße 2  
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. August 2018.

Unter richtigen Einsendern entscheidet das Los.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

## Bilderrätsel

Wo in der Hansestadt geht es so prächtig zu?



➊ Hauptbahnhof ➋ Rathaus ➌ Hauptkirche Sankt Petri

### IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31 - 25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

💻 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

💻 [uns-hamburg.de](http://uns-hamburg.de)

💻 [islamspiegel-hamburg.de](http://islamspiegel-hamburg.de)

📘 [facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

🐦 [twitter.com/AfD\\_Fraktion\\_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

📺 [youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

📷 [instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: [www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](http://www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)

#### IMPRESSUM

**UNS HAMBURG**

**HERAUSGEBER** AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
Schmiedestraße 2,  
20095 Hamburg

**VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS:** Prof. Dr. Jörn Kruse

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:**  
Frank Horns

**TELEFON** 040/42831-2518

**E-MAIL** [presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.